

Der Antrag wurde zusammen mit der CDU-Anfrage vom 16.09.2010 „Erweiterungen der Spielmöglichkeiten Feldhockey“ -DS Nr. 10/0302- behandelt. Hierzu verlas Herr Lindlar zunächst die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung, die den Fraktionen bereits vor der Sitzung zur Kenntnis gegeben worden war. Er erklärte, dass zunächst versucht wurde, die konkreten Kosten für den derzeit im Bau befindlichen Sportplatz Niederpleis von den ausführenden Firmen zu erhalten. Diese lagen aber am Tag der Sitzung noch nicht vor, so dass in der Beantwortung nur Schätzkosten angegeben werden konnten.

Nach den Erläuterungen der Verwaltung und einer diesbezüglichen Stellungnahme seitens der CDU-Fraktion beantragte Frau Reese für ihre Fraktion eine Sitzungsunterbrechung zum Zweck einer internen Beratung. Diesem Antrag wurde entsprochen, worauf in der Zeit von 18.35 Uhr bis 18.45 Uhr die Sitzung unterbrochen wurde.

Nach Wiederaufnahme der Beratung beantragte Frau Reese, dass der Antrag ihrer Fraktion auf Grund des zusätzlichen Klärungs- und Beratungsbedarfs zur Entscheidung in der Sache an den Rat verwiesen werden soll. Über diesen Antrag wurde zunächst nicht abgestimmt. Stattdessen wurden anschließend die Stellungnahmen der Ausschussmitglieder diskutiert.

Auf Nachfrage von Herrn Pütz erklärte Herr Lindlar, dass nach Aussage des eingeschalteten Architekten durch eine zusätzliche Hockeynutzung durch Kinder und Jugendliche auf dem Kunstrasenplatz gegenüber der Fußballnutzung keine außergewöhnliche Abnutzung des Belages zu befürchten sei. Darüber hinaus könne davon ausgegangen werden, dass der Anteil der möglichen Hockey-Nutzungszeiten verhältnismäßig gering ist.

Sorge äußerte Herr Pütz auch bei der Nutzung von sandbefüllten Plätzen, wenn die vorgesehene Bewässerung seitens der nutzenden Vereine nicht konsequent durchgeführt werde und somit ein erhöhtes Risiko für die Augen der Nutzer bestünde. Er schlug vor, den Bewässerungszwang in die Benutzungsordnung aufzunehmen. Herr Lindlar bestätigte, dass die Vereine im eigenen Interesse angehalten seien, die bestehenden Beregnungsanlagen zu nutzen. Er gehe davon aus, dass die Vereine auch entsprechend handeln. Die Verwaltung könne die Einhaltung jedoch nicht ständig überwachen und müsse sich auf die Verantwortung der betreffenden Vereine verlassen. Bislang sei der Verwaltung ein derartiger Verletzungsfall auf dem Kunstrasenplatz im Zentrum nicht bekannt.

Herr Pütz bat die Verwaltung zu klären, ob Hockeymarkierungen auf Plätzen, auf denen Regionalliga-Mannschaften spielen wie z.B. die Damenmannschaft des FC Sankt Augustin, zulässig seien.

Die Verwaltung beantwortete anschließend noch verschiedene Zusatzfragen seitens der Ausschussmitglieder u. a. von Herrn Dr. Lemmer bezüglich der in der Kostenübersicht genannten Gittermatten. Herr Heckeroth bat darum, die noch offenen Fragen bis zur Behandlung des Antrages in der Ratssitzung im Dezember zu klären. Als Ergebnis der heutigen Beratung hielt Herr Stroß fest, dass seitens des Ausschusses Einvernehmen darüber besteht, auf dem derzeit im Bau befindlichen Sportplatz Niederpleis Hockeymarkierungen für zwei Kleinspielfelder vorzusehen und dass diese Maßnahme vorbehaltlich der Entscheidung des Rates umgesetzt werden soll.

Herr Köhler regte an, für die Beratung im Rat eine entscheidungsfähige Vorlage der Verwaltung zu erstellen. Über diesen Vorschlag bestand Einvernehmen. Unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses aus der heutigen Sitzung und der bis zur Ratssitzung noch zu erwartenden Klärung von offenen Fragen ist die Verwaltung beauftragt, eine entsprechende Vorlage zu erstellen.

Herr Lübken machte für die Verwaltung deutlich, dass eine Vorlage erst für die Ratssitzung am 15.12.2010 eingebracht werden könnte.

Vorschläge zum weiteren Verfahren wurden anschließend noch von Herrn Kourkoulos und Herrn Nonnen gemacht. Die Verwaltung erläuterte die Möglichkeiten der Umsetzung im Rahmen der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel, wobei sich die Umsetzung zunächst im Wesentlichen auf die Kennzeichnung der Spielfelder für den Hockeybetrieb erstreckt. Ohne Beschlussfassung hat der Ausschuss den SPD-Antrag zur Weiterberatung

**an den Rat verwiesen.**